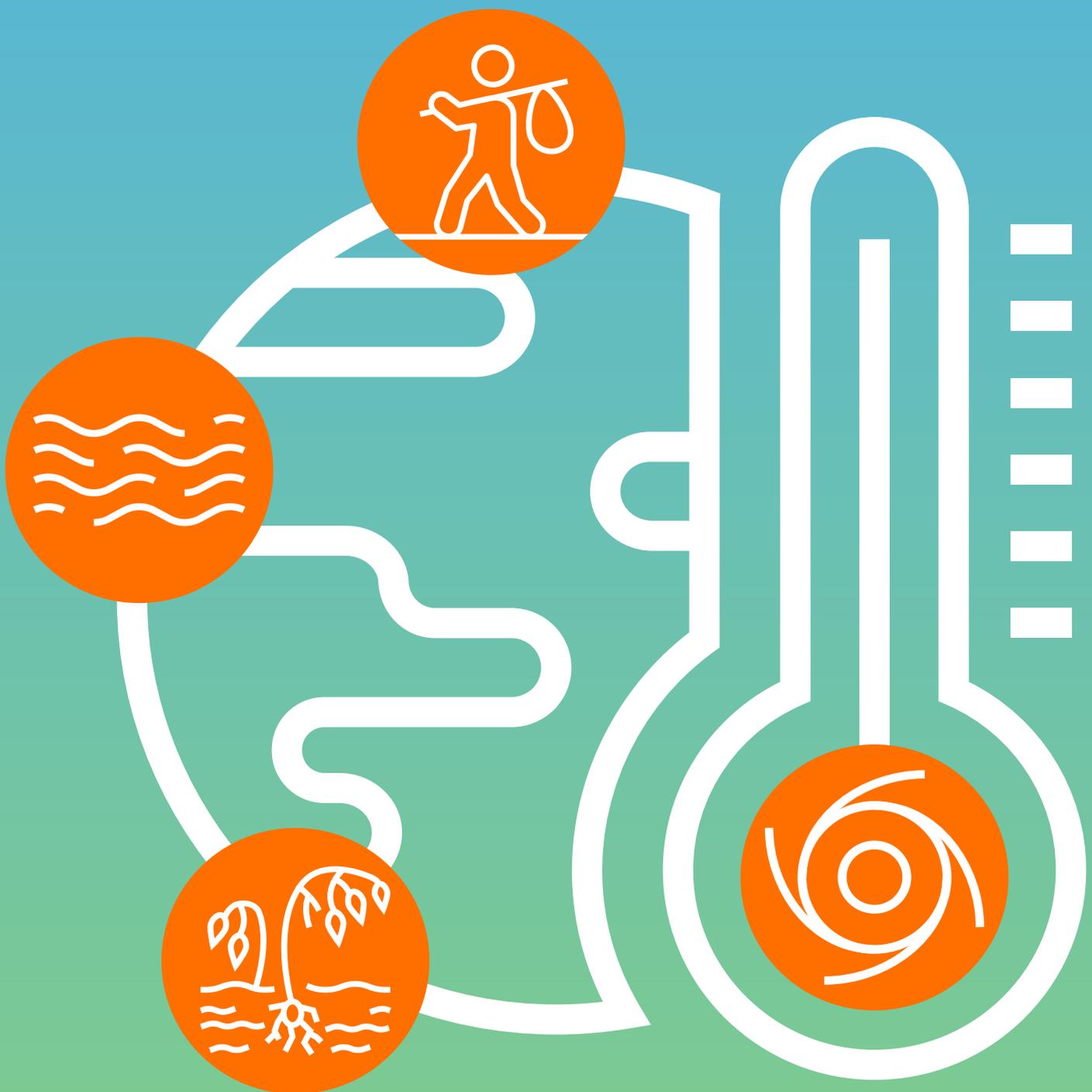


DER KLIMAWANDEL UND SEINE FOLGEN IN ZENTRALAMERIKA

Eine Publikation von Mitgliedsorganisationen
des Runden Tisches Zentralamerika



INHALT

Extremwetterereignisse in Zentralamerika	3
Dürren im zentralamerikanischen Trockenkorridor	5
Folgen der Klimakrise für die Bevölkerung des Trockenkorridors	6
Die Klima- und Umweltkrise verschärft die soziale Krise und führt zur Migration	8
Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Zentralamerika	9
Hochwasserfrühwarnsysteme in Honduras und El Salvador	10
Gemeindebasierte Saatgutbanken	11
Familiengärten in El Salvador	12
Gemeindenetzwerk von Klimabeobachter*innen in Zentralamerika	13
INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK GERECHT GESTALTEN	
Positionspapier von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisches Zentralamerika	14
Einleitung	15
Forderungen	15
Quellen	21
Runder Tisch Zentralamerika	23
Impressum	23



Extremwetterereignisse in Zentralamerika

Tropenstürme wie Eta und Iota, Überschwemmungen infolge von Starkniederschlägen oder extreme Dürrephasen: Zentralamerika ist besonders stark von den Auswirkungen der Klimaerhitzung betroffen. Gleichzeitig ist der Anteil der zentralamerikanischen Länder an den Ursachen des Klimawandels gering. Während die CO₂-Emissionen Nicaraguas aktuell beispielsweise bei 0,9 Tonnen CO₂ pro Kopf liegen, wurden in Deutschland im Jahr 2019 durchschnittlich über 9,7 Tonnen CO₂ pro Kopf emittiert. Obwohl die Verantwortung des Globalen Nordens für die Klimakrise offensichtlich ist, bleibt die Unterstützung Zentralamerikas beim Umgang mit ihren Folgen unzureichend.

In Zentralamerika nehmen als Folge des Klimawandels Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen, verlängerte Dürreperioden und Wirbelstürme sowohl in ihrer Häufigkeit als auch in ihrer Intensität bereits seit Jahren zu. **Im Jahr 2020 wurden so viele Tropenstürme im Atlantik registriert wie nie zuvor.** Hurrikan Eta der Kategorie 4 und Hurrikan Iota der höchsten Kategorie 5 trafen im November 2020 mit **Windgeschwindigkeiten von bis zu 230 km/h** an der nicaraguanischen Atlantikküste auf Land und fegten über die zentralamerikanischen Länder hinweg, wobei Nicaragua, Honduras, Guatemala

und El Salvador am stärksten betroffen waren.¹ **Massive Überschwemmungen und Erdbeben, die gravierende Ernteverluste verursachten, waren die Folge.**² 189 Menschen verloren ihr Leben, über 400.000 Menschen suchten Obdach in Notunterkünften und ca. 225.000 notleidende Menschen wurden über Wochen nicht von humanitärer Hilfe erreicht.³ Allein für Nicaragua wurden die Schäden mit 738 Millionen US-Dollar (USD) (6,2 % BIP) und der Bedarf an zusätzlicher internationaler humanitärer Hilfe durch die Vereinten Nationen mit 50,9 Millionen USD beziffert, wovon am 05.04.2021 weniger als die

1 UNICEF 2020, S. 1-2.

2 OCHA 2020, S. 4ff. Und FEWS NET 2020.

3 USAID 2020, S. 1-8.

Hälfte gedeckt waren.⁴ Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Munich Re bezifferte die durch Eta verursachten wirtschaftlichen Schäden auf 5 Milliarden Euro.⁵

Diese aktuellen Beispiele zeigen, **wie stark die Länder Zentralamerikas von Extremwetterereignissen betroffen sind**. Verschiedene Akteure weisen in ihren Analysen und Bewertungen schon lange darauf hin. Germanwatch untersuchte im Global Climate Risk Index 2019, inwieweit die Länder der Welt im Zeitraum zwischen 1998 und 2017 von Extremwetterereignissen betroffen waren. Honduras belegte in diesem Ranking Platz zwei und Nicaragua Platz sechs.⁶

Die Länder des Globalen Südens treffen diese Extremwetterereignisse besonders stark. Meistens fehlen die Strukturen und Ressourcen, sowohl

um Präventivmaßnahmen zu ergreifen, als auch um im Katastrophenfall schnell reagieren sowie die Folgen dieser Naturereignisse bewältigen zu können. Gemäß des Index for Risk Management (INFORM) zählen Guatemala und Honduras, zusammen mit Haiti, zur Gruppe der Länder mit einem sehr hohen Risiko für Katastrophen und humanitäre Krisen in der Region Lateinamerika und Karibik.⁷ Eine ähnliche Bewertung findet sich im Weltrisikobericht⁸ (herausgegeben u. a. von Brot für die Welt): **den Ländern Zentralamerikas wird aufgrund ihrer Exposition für extreme Naturereignisse und wegen der vulnerablen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ebenfalls ein sehr hohes Katastrophenrisiko zugerechnet.**⁹

November 2020 - durch **Hurrikan Eta** und **Iota** besonders stark betroffen: Guatemala, Honduras, El Salvador und Nicaragua

189 Menschen verloren ihr Leben

400.000 Menschen suchten Obdach in Notunterkünften

225.000 Menschen wurden über Wochen von humanitärer Hilfe nicht erreicht



Gravierende **Ernteverluste** durch massive Überschwemmungen und Erdbeben

738 Mio. USD (6,2 % BIP) Schäden allein in Nicaragua

50,9 Mio. USD zusätzlicher Bedarf internationaler humanitärer Hilfe durch die Vereinten Nationen

5 Mrd. Euro wirtschaftliche Schäden allein durch Hurrikan Eta bezifferte die Munich Re



4 OCHA, UNCT Nicaragua 2021.

5 Munich Re 2021.

6 Germanwatch 2018.

7 United Nations et al. 2020.

8 Der Welt-Risiko-Index setzt sich aus den Komponenten Exposition (Bedrohung der Bevölkerung durch Erdbeben, Stürme, Überschwemmungen, Dürren und Meeresspiegelanstieg) und gesellschaftlicher Vulnerabilität (Wahrscheinlichkeit im Ereignisfall Schaden zu erleiden, Bewältigungskapazitäten zur Verringerung negativer Auswirkungen im Ereignisfall und Anpassungskapazitäten zur langfristiger Anpassung) zusammen.

9 Bündnis Entwicklung Hilft und Ruhr-Universität Bochum – Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) (2021), S.54.

Dürren im zentralamerikanischen Trockenkorridor

Die Folgen des Klimawandels sind in Zentralamerika für die Bevölkerung des sogenannten „Trockenkorridors“ besonders gravierend. Die Region gilt als sehr anfällig für Klimaschwankungen und -veränderungen. Insbesondere im letzten Jahrzehnt haben durch den Klimawandel verstärkte Wetterextreme zugenommen. Es wurden stetig neue Rekordtemperaturen gemessen, Hitzewellen und verlängerte Trockenperioden (Dürren) traten ebenso auf wie geringere jährliche Niederschlagsmengen, bei gleichzeitig größerer Konzentration der Niederschläge (Starkregen und Überschwemmungen), die teilweise zu sehr untypischen Zeitpunkten im Jahr auftraten. Selten gab es klimatisch gesehen „normale“ Jahre.

Typisch für die Region ist, dass die Regenzeit von einer kurzen Trockenphase im Juni unterbrochen wird, die normalerweise nicht länger als 10-14 Tage dauert. Bevor sich die Auswirkungen des Klimawandels bemerkbar gemacht haben, hatte diese sogenannte Canicula aufgrund der kurzen Dauer und der ausreichenden Bodenfeuchtigkeit keine Auswirkungen auf die Entwicklung der Mais- bzw. Bohnenpflanzen der ersten Pflanzsaison. Dies hat sich inzwischen massiv geändert. Im Jahr 2015 wurde eine der schwersten Dürren in der Geschichte Zentralamerikas verzeichnet. Im Jahr 2018 hielt die Canicula bis zu 40 Tage an.

Der zentralamerikanische Trockenkorridor, mit einer Fläche von 53 Millionen Hektar und einer Bevölkerung von über 10 Millionen Einwohner*innen, erstreckt sich entlang des zentralamerikanischen Isthmus und reicht von Guatemala im Norden bis nach Costa Rica im Süden. Das Gebiet ist gekennzeichnet durch eine Trockenzeit von mehr als 4 Monaten (zwischen November und April) und Niederschlagsmengen von 800 – 2000mm pro Jahr.





Folgen der Klimakrise für die Bevölkerung des Trockenkorridors

Die gravierenden Folgen dieser Extremwetterereignisse sind insbesondere für die ökonomisch schwächeren Bevölkerungsgruppen deutlich zu spüren. Die Bevölkerung des Trockenkorridors wird mit Blick auf ihre Lebensgrundlagen zum großen Teil als „vulnerabel“ charakterisiert. Durchschnittlich sind 62 % der Familien in den ländlichen Regionen des Trockenkorridors auf die Subsistenzlandwirtschaft basierend auf Mais und Bohnen angewiesen. 80 % der Haushalte, die von der Produktion von Grundnahrungsmitteln abhängig sind, leben unterhalb der Armutsgrenze und 30 % von ihnen leben in extremer Armut.¹⁰ Dadurch sind sie gegenüber Dürreperioden, Stür-

men und Starkregen besonders anfällig. Diese bedeuten für die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Region oft erhebliche Ernteverluste.

Ein Dürrejahr kann dabei unter Umständen durch vorhandene Vorräte oder andere Strategien kompensiert werden. Kommen zwei oder drei verlustreiche Ernten in Folge, führt dies zu massiven Ernährungskrisen. So waren beispielsweise infolge der Dürrejahre zwischen **2014 und 2016 alleine in Guatemala und Honduras 2,8 Millionen Menschen im Jahr 2016 auf humanitäre Hilfe angewiesen.**¹¹ Eine vergleichbare Situation entstand 2019 infolge des Dürrejahres 2018, als die Regierung von Honduras für die Gebiete des



62%

der Familien sind auf den Anbau von Mais und Bohnen angewiesen



80%

dieser Familien leben unterhalb der Armutsgrenze



30%

von ihnen leben in extremer Armut

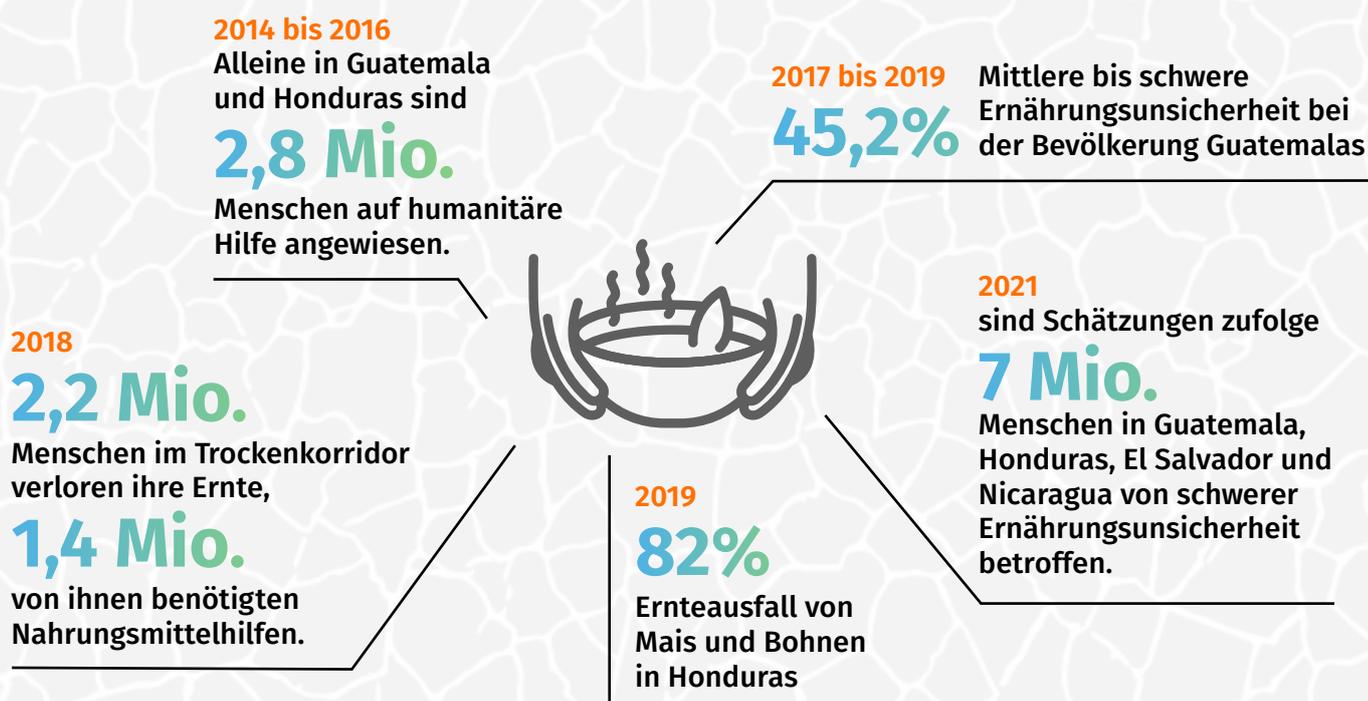
¹⁰ Acción contra el Hambre, FAO, ECHO 2012, S.13.
¹¹ OCHA 2015.

Trockenkorridors den Notstand ausrief, da die Mais- und Bohnenernte zu geschätzten 82 % ausfiel.¹² Etwa 2,2 Millionen Menschen im Trockenkorridor verloren im Jahr 2018 ihre Ernte, dies berichten das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (UN World Food Programme, WFP), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO) und die Regierungen der vier Länder. 1,4 Millionen Menschen aus dieser Gruppe benötigten Nahrungsmittelhilfe.¹³ Eine der sichtbarsten Auswirkungen des Klimawandels ist daher die Zunahme der Ernährungsunsicherheit in der Region. In Guatemala beispielsweise belief sich die Prävalenz für moderate bis schwere Ernährungsunsicherheit zwischen 2017 und 2019 auf 45,2 % der Bevölkerung.¹⁴ Für das laufende Jahr 2021 gehen Schätzungen von insgesamt 7 Millionen Menschen aus, die in Guatemala, Honduras, El Salvador und Nicaragua unter mittlerer oder schwerer Ernährungsunsicherheit leiden.¹⁵

Die Klimaerhitzung wirkt sich also direkt auf die Lebensgrundlagen der Menschen im Trockenkorridor und insbesondere der kleinbäuerlichen Familien aus. Sehr vielen von ihnen fehlen die Mittel, um sich an die klimatischen Veränderungen anzupassen und entstandene Schäden und Verluste zu bewältigen. Das lässt für die Zukunft erahnen, dass immer mehr Menschen davon immer stärker betroffen sein werden. Die nicaraguanische Umweltorganisation Centro Humboldt geht davon aus, dass ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber der vorindustriellen Zeit um 1,5 Grad Celsius, wie sie im Paris-Abkommen als Ziel ausgegeben wurde, in Zentralamerika einen Temperaturanstieg um bis zu 4 Grad Celsius zur Folge haben könnte. Dabei gilt es mittlerweile als unwahrscheinlich, dass das 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser Abkommen überhaupt eingehalten werden kann. **Deutlich ist, dass sich hinter dieser abstrakten, global gerechneten Zahl extreme Veränderungen des lokalen Klimas verbergen.**

Die Folgen der Dürrejahre 2014-2021

Mehrere Dürrejahre in Folge bedeuten für die Bevölkerung schwere Ernährungsunsicherheit



¹² Oxfam 2019.

¹³ FAO 2019

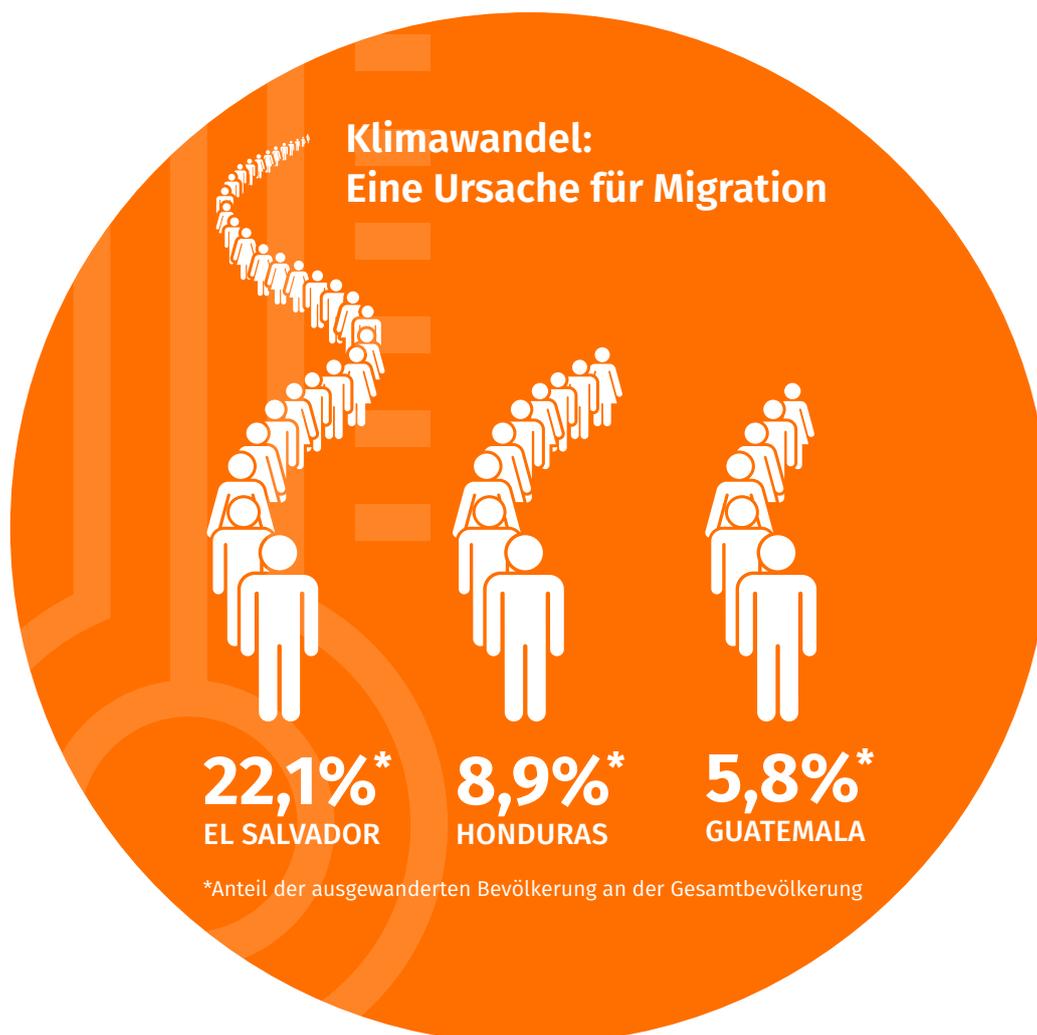
¹⁴ FAO, FIDA, OPS, WFP y UNICEF 2020, S.15.

¹⁵ FEWS NET 2021.

Die Klima- und Umweltkrise verschärft die soziale Krise und führt zur Migration

Die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen andere Krisen in Zentralamerika: Hohe Arbeitslosigkeit, Gewalt, Konflikte um Land und natürliche Ressourcen sowie eine zunehmende Belastung und Zerstörung der Umwelt (Umwandlung von Wald- in Weideflächen, Monokulturen, Bergbau etc.) wirken sich negativ auf die Lebensgrundlagen der Bevölkerung aus. Dazu tragen auch **Korruption und fehlende Strafverfolgung von Unrecht** insbesondere in den Ländern des nördlichen Dreiecks Zentralamerikas bei, dass

viele Menschen migrieren. So sind aus dem vollständig im Trockenkorridor liegenden El Salvador 22,1 % der Gesamtbevölkerung ausgewandert (Honduras: 8,9 %; Guatemala 5,8 %).¹⁶ Insbesondere seit Ende 2013 hat die Migration der Zentralamerikaner*innen in den Norden drastisch zugenommen. Studien zu den Ursachen für Migration belegen, dass der Klimawandel und die Ernährungsunsicherheit in den letzten Jahren zunehmend entscheidende Einflussfaktoren für die Migration sind.^{17,18}



16 CEPAL 2019, S. 87.

17 World Food Program 2017.

18 Christian Aid 2019.

Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Zentralamerika

A Hochwasserfrühwarnsysteme in Honduras und El Salvador



B Gemeindebasierte Saatgutbanken



C Familiengärten sichern Ernährungssouveränität in El Salvador



D Gemeindefnetzwerk von Klimabeobachter*innen in Zentralamerika



Frühwarnsysteme helfen dabei, Menschen rechtzeitig zu evakuieren und Leben zu retten.

A

Hochwasserfrühwarnsysteme in Honduras und El Salvador

Nähezu jedes Jahr sind Tausende von Menschen in Zentralamerika durch Starkregenereignisse von Überschwemmungen betroffen. Hurrikans mit anhaltenden, erheblichen Niederschlagsmengen kommen hinzu, die in Bergregionen oft Erdbeben zur Folge haben. Durch diese extremen Regenfälle sind immer auch Menschenleben bedroht. Hinzu kommen die teilweise massiven Verluste an (landwirtschaftlichen) Lebensgrundlagen und Schäden an den Häusern und Einrichtungen der Gemeinden.

Hochwasserfrühwarnsysteme zielen darauf ab, die koordinierte Notfallreaktion zu verbessern und dadurch humanitäre Notlagen zu verhindern. Dieser Ansatz umfasst die Einrichtung von Messstellen für die Frühwarnung an strategischen Punkten der Flüsse (Messskalen für die Beobachtung und automatisierte Messung mit Datenübertragung), die adäquate Ausrüstung für die Notfallkomitees der Gemeinden, Bezirke und Schulen, Weiterbildungen und praktische Evakuierungs-

übungen sowie die Koordination und der Informationsaustausch zwischen allen beteiligten Akteuren.

Der beispielhafte Prozess wurde von ADEPES in Honduras und CORDES in El Salvador initiiert und führte dazu, dass die betroffenen Gemeinden heute besser auf Überschwemmungen vorbereitet sind und entsprechend reagieren können. Die Nutzung der Frühwarnsysteme und weitere Schutzmaßnahmen dienen den Menschen vor Ort dazu, sich und ihre Lebensgrundlagen vor Hochwasser zu schützen.

Die enge Koordination zwischen Bevölkerung und Freiwilligenkomitees einerseits und Lokalverwaltungen und zuständigen Institutionen andererseits hat sich als Erfolgsfaktor herausgestellt. Die in Betrieb genommenen Frühwarnsysteme wurden von den zuständigen Institutionen in das landesweite Netzwerk der Frühwarnung integriert.



In El Salvador unterstützt UNES Menschen dabei, ihre Ernährungssicherheit durch das Anlegen von Nutzgärten zu erhöhen.

C Familiengärten sichern die Ernährungssouveränität in El Salvador

Im Trockenkorridor von Zentralamerika bedrohen die Auswirkungen der Klimaerhitzung die Ernährungssouveränität der Gemeinden immer stärker, da die veränderten Bedingungen den Anbau von Lebensmitteln erheblich erschwert haben. Dies betrifft insbesondere El Salvador, das vollständig im Trockenkorridor liegt. Gleichzeitig mangelt es dort an politischen Programmen und Maßnahmen, die diese Probleme und die Lebensrealitäten der Menschen in den Gemeinden in den Blick nehmen. Die Umweltschutzorganisation UNES aus El Salvador hat es sich daher zum Ziel gesetzt, Familien aus ländlichen Regionen bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen und so das Menschenrecht auf Nahrung zu sichern.

Um dieses Ziel zu erreichen, fördert UNES in ländlichen Gebieten das Umweltbewusstsein der Menschen sowie die Umsetzung von Methoden zur Erzeugung von gesunden und pestizidfreien Lebensmitteln. Gemeinsam mit den Familien werden Nutzgärten angelegt, mit denen diese ihre Grundbedürfnisse sichern können. Dazu verteilt die Organisation Sets mit Saatgut für Obst und Gemüse und liefert Legehennen zur Aufzucht und für die Lebensmittelproduktion. So wird eine ausgewogenere Ernährung der Familien unterstützt. Gleichzeitig ist es durch diese Arbeit möglich, im Einklang mit der Natur zu leben und diese zu schützen. Gerade in Zeiten von Corona kommt dem Ziel der Selbstversorgung der Familien eine noch höhere Bedeutung zu. ●



Das permanente Klimamonitoring unterstützt kleinbäuerliche Familien dabei, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.

D Gemeindeforschung und Klimabeobachter*innen in Zentralamerika

Das Centro Humboldt hat in Nicaragua und Zentralamerika ein umfassendes Klimamonitoring etabliert, das sowohl der Anpassung an den Klimawandel als auch dem Risikomanagement dient. Dazu kooperiert das Centro Humboldt mit weiteren Organisationen aus den Ländern Zentralamerikas sowie mit Menschen aus Gemeinden, die vom Klimawandel betroffen sind. Für das Klimamonitoring wurden Wetterstationen (mehr als 300 alleine in Nicaragua) in den Gemeinden installiert, die gegenüber Klimaveränderungen besonders anfällig sind. Gesammelt werden die Daten von einem Netzwerk von Produzent*innen – den sogenannten Klimabeobachter*innen – auf Grundlage standardisierter Verfahren. Die Produzent*innen geben die entsprechenden Informationen an das Centro Humboldt und seine Partnerorganisationen weiter, die die Daten verarbeiten und analysieren.

Mit der Arbeit verfolgt das Centro Humboldt verschiedene Ziele. Auf lokaler Ebene sollen Hinweise für die Klimaerhitzung gefunden werden, in den Gemeinden wird so auch ein Bewusstsein für die Zunahme der Temperaturen und die damit verbundenen Gefahren geschaffen. Gleichzeitig sollen Strategien zur Anpassung entwickelt werden. Dazu gehört, auf öffentliche Anpassungsmaßnahmen Einfluss zu nehmen und die Gemeinden in ihren individuellen Strategien zu stärken. Beispielsweise ermöglicht das Klimamonitoring den Organisationen, Empfehlungen hinsichtlich des Zeitpunkts der Aussaat an die Gemeinden zu geben, um die Produktion und schließlich die Ernährungssicherheit der Produzent*innen zu steigern. Gleichzeitig ist das Klimamonitoring die Grundlage für ein Frühwarnsystem, da mithilfe der Daten beispielsweise Überschwemmungen frühzeitig prognostiziert werden können.

INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK GERECHT GESTALTEN

Positionspapier von Mitgliedsorganisationen
des Runden Tisches Zentralamerika



Das Positionspapier wird getragen von:





EINLEITUNG

Tropenstürme, extreme Dürrephasen oder Überschwemmungen infolge von Starkniederschlägen: Zentralamerika leidet – wie viele Länder des Globalen Südens – besonders stark unter den Auswirkungen der Klimaerhitzung.

Im Klimarisiko-Index von Germanwatch aus dem Jahr 2019, der in einem weltweiten Vergleich untersucht, wie stark welche Länder zwischen 1998 und 2017 von Extremwetterereignissen betroffen waren, belegten Honduras und Nicaragua die Ränge zwei bzw. sechs.

Während die Auswirkungen im Globalen Süden besonders deutlich zu spüren sind, kommt die Hauptverantwortung für die Klimaerhitzung und ihre Folgen den industrialisierten Ländern des Globalen Nordens zu. So gehören Deutschland und die EU sowohl aktuell als auch historisch zu den größten Emittenten von CO₂, insbesondere in Bezug auf die Pro-Kopf-Emissionen:

In Deutschland wurden im Jahr 2019 durchschnittlich über 9,7 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Kopf emittiert (Europa: 7,5 Tonnen),¹⁹ während beispielsweise in Nicaragua der Verbrauch bei nur knapp über 0,9 Tonnen pro Kopf lag.²⁰ Mittlerweile erkennen die Länder des Nordens ihre Verantwortung grundsätzlich an. Im Kontext des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (*United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC*) wird unter anderem verhandelt, wie die Länder des Nordens tatsächlich mit dieser Verantwortung umgehen.

Das Abkommen der Vertragsstaatenkonferenz (*Conference of the Parties, COP*) von Paris wurde dabei als Meilenstein der internationalen Klimapolitik gefeiert. Es wurde am 12. Dezember 2015 von 196 Staaten sowie der EU verabschiedet und trat am 4. November 2016 in Kraft. Seitdem wird auf den Folgekonferenzen über die konkrete Ausgestaltung des Abkommens verhandelt. Ob es einen nachhaltigen, positiven Effekt haben wird, hängt von diesen Verhandlungen ab.

Für die Ausgestaltung des Pariser Abkommens fordert der Runde Tisch Zentralamerika die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

1. Einhalten der Klimaversprechen

Um Maßnahmen zur Anpassung sowie zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen (Mitigationsmaßnahmen) im Globalen Süden finanzieren zu können, haben die Industrieländer auf der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 (COP 15) zugesagt, ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden Euro an Klimahilfen an die Länder des Südens zu zahlen. Wie zwei Studien der ACT Alliance²¹ zeigen, sind die Klimahilfen (Kredite nicht eingerechnet) der Europäischen Union für die Länder des Globalen Südens bisher allerdings unzureichend. Im Jahr 2019 lagen sie bei gerade einmal 11,6 Milliarden Euro.²² Begünstigte waren vor allem Länder Osteuropas sowie die Türkei.²³

Deutschland und die EU müssen die zugesagten Klimamittel zur Verfügung stellen. Begünstigte müssen dabei insbesondere Länder sein, die gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels besonders vulnerabel sind.

¹⁹ UMWELTBUNDESAMT 2021.

²⁰ EUROPEAN COMMISSION (O.J.).

²¹ Bei der ACT Alliance handelt es sich um ein internationales kirchliches Netzwerk, in dem unter anderem Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe vertreten sind.

²² ACT Alliance 2021, S. 3.

²³ ACT Alliance 2020, S. 4.



2. Klimahilfen statt Klimakredite

Deutschland und die EU tragen einen großen Teil der Verantwortung für die Klimaerhitzung und deren Auswirkungen. Schon deswegen sind sie moralisch verpflichtet, den besonders vulnerablen Ländern beim Klimaschutz sowie im Umgang mit den Folgen der Klimaerhitzung zu helfen. Die Studie der ACT Alliance zeigt allerdings: Etwa die Hälfte der Gelder (insgesamt 23,2 Milliarden Euro) wurde bisher als Kredit an die Empfängerländer vergeben, müssen von diesen also zurückgezahlt werden.²⁴ Dadurch werden die Länder des Südens noch stärker in die Schuldenfalle getrieben. **Die Bundesregierung muss Sorge dafür tragen, dass Unterstützungszahlungen an die Länder des Globalen Südens nicht in Form von Krediten vergeben werden. Die Notwendigkeit, dass sich diese Länder an die Klimaerhitzung anpassen, darf nicht zu einer weiteren Verschuldung führen. Die Bundesregierung muss sich dafür auch in der Europäischen Union einsetzen.**

3. Anpassungsmaßnahmen im Globalen Süden stärker unterstützen

Unabhängig davon, ob die internationale Staatengemeinschaft in der Lage sein wird, die Temperaturziele aus dem Abkommen von Paris zu erreichen: Die Klimakrise stellt die Menschen in Zentralamerika bereits jetzt vor große Probleme und wird dies auch zukünftig tun. Extremwetterereignisse wie die Tropenstürme Eta und Iota aus dem Jahr 2020 haben dies deutlich gezeigt. Aber auch langsam voranschreitende Prozesse (*slow onset events*) wie die Degradation von Böden bedrohen die Ernährungssouveränität und -sicherheit vieler Menschen in der Region. Die auf der Konferenz von Kopenhagen zugesagten Klimahilfen sollen jeweils zur Hälfte für Mitigations- und Anpassungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Die Studie der ACT Alliance zeigt allerdings, dass ein Großteil der von Deutschland gezahlten Mittel für Minderungsmaßnahmen und nur etwa ein Drittel für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt wurde.

Die Bundesregierung muss deswegen Sorge dafür tragen, dass – den Zielen des Abkommens von Paris entsprechend – die Klimahilfen zu 50 % für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden und so mehr Menschen im Globalen Süden die Anpassung an die Klimaerhitzung ermöglichen.

4. Zugang zu Klimahilfen flexibilisieren

Während der COP in Kopenhagen wurde der Grüne Klimafonds der UN (*Green Climate Fund, GCF*) auf den Weg gebracht, dem eine zentrale Rolle in der internationalen Klimafinanzierung und bei der Verteilung der zugesagten Gelder zugeordnet ist. Zusammen mit dem UN-Anpassungsfonds stellt er eines der Finanzierungsinstrumente zur Umsetzung des Pariser Abkommens dar. Zugang zu solchen Fonds haben allerdings insbesondere multilaterale, nationale und regionale Behörden sowie Entwicklungsbanken, während zivilgesellschaftliche Akteure, die oft wichtige Arbeit bei der Anpassung an die Klimakrise leisten, nur unzureichend Zugang haben.

Damit die Gelder bei den betroffenen Gemeinden ankommen und ihren Bedürfnissen entsprechend verwendet werden können, muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Zugang zu finanziellen Mitteln stärker flexibilisiert wird. Die Partizipation der lokalen Gemeinden und der Zivilgesellschaft bei der Vergabe von Geldern für Anpassungsmaßnahmen muss sichergestellt werden. Dies bezieht angesichts der humanitären Bedarfe in der Region auch Mittel der deutschen humanitären Hilfe mit ein.



5. Zentralamerika als besonders vulnerable Region anerkennen

In der internationalen Klimafinanzierung (beispielsweise beim Grünen Klimafonds) werden Staaten prioritär behandelt, die von der internationalen Staatengemeinschaft als besonders vulnerabel gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise eingestuft werden. Als solche gelten bisher die am wenigsten entwickelten Länder (*least developed countries*), die Gruppe kleiner Inselstaaten sowie die Staaten Afrikas. Trotz der schwerwiegenden Folgen der Klimakrise sowie der hohen Vulnerabilität Zentralamerikas gegenüber ihren Auswirkungen gehört die Region dieser Gruppe bisher nicht an.

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Zentralamerika als besonders vulnerable Region anerkannt wird. Die Erweiterung dieser Gruppe darf allerdings nicht dazu führen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel – beispielsweise im Grünen Klimafonds – anders verteilt werden. Vielmehr müssen die Mittel entsprechend aufgestockt werden.

6. Die zukünftige Klimafinanzierung muss Schäden und Verluste berücksichtigen

Das Abkommen von Paris erkennt in Artikel 8 an, dass es klimabedingte Verluste und Schäden gibt. Im Sinne des Verursacherprinzips liegt es auf der Hand, dass solche Verluste und Schäden von Akteuren bzw. Ländern getragen werden, die für diese aufgrund ihrer hohen (historischen) CO₂-Emissionen hauptverantwortlich sind. Die aktuelle Klimafinanzierung stellt jedoch ausschließlich Gelder für Mitigationsmaßnahmen sowie die Anpassung an die Klimakrise zur Verfügung, allerdings bisher keinerlei Mittel zur Kompensation entstandener Schäden und Verluste. So gibt es auch für den Warschau-Mechanismus, durch den unter anderem finanzielle und technische Unterstützungsmaßnahmen für den Umgang mit Schäden und Verlusten gefördert werden sollen, noch kein Konzept zur Finanzierung.

Die internationale Klimafinanzierung muss so bald wie möglich, spätestens aber 2025, um Mittel für Entschädigungszahlungen aufgestockt werden, zu denen die Länder bei entstandenen klimabedingten Schäden und Verlusten Zugang haben. Um klimabedingte Schäden und Verluste ausgleichen zu können, muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Warschau-Mechanismus für Schäden und Verluste in Kraft gesetzt und mit finanziellen Mitteln ausgestattet wird, die für diesen Zweck eingesetzt werden können. Die Finanzierung könnte beispielsweise durch eine adäquate CO₂-Steuer erfolgen, die die wahren Kosten der CO₂-Emissionen widerspiegelt.

7. Verantwortung für Schäden und Verluste übernehmen

Die fehlende Bereitschaft der Länder des Nordens, Entschädigungszahlungen zu leisten, spiegelt sich auch darin wider, dass auf ihre Initiative hin Paragraf 51 in das Entscheidungspapier zur COP in Paris integriert wurde. Dieser legt fest, dass Artikel 8 des Pariser Abkommens keinerlei Grundlage für eine Haftbarkeit der Verursacherstaaten oder Entschädigungsforderungen an diese darstellt.

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Paragraf 51 aus dem Zusatzdokument zum Paris-Abkommen gestrichen wird und die Notwendigkeit von Entschädigungszahlungen anerkannt wird. Für verursachte Schäden aufzukommen, ist Teil eines verantwortungsbewussten Handelns. Nur so kann Klimagerechtigkeit sichergestellt werden.



8. Rückzahlung von Krediten in Katastrophenfällen aussetzen

In Katastrophenfällen sind die Länder des Südens in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, da sie einen Teil ihres Haushaltsbudgets für die Rückzahlung von Krediten verwenden müssen. In solchen Fällen stehen die Länder vor der Wahl, entweder Schulden nicht mehr zu bedienen, oder von Katastrophen betroffene Menschen und Regionen nicht adäquat unterstützen zu können. Dies kann auch der Wirtschaft der betroffenen Länder nachhaltig schaden. Ein Schuldenmoratorium stellt in einem solchen Fall eine effiziente Form der Unterstützung dar, da so Ressourcen mobilisiert werden, die sich bereits in den Händen der entsprechenden Institutionen des betroffenen Staates befinden.

Damit die Länder des Südens unmittelbar auf klimabedingte Schäden und Verluste reagieren und betroffene Menschen unterstützen können, muss deswegen im Katastrophenfall die Rückzahlung von Krediten zumindest ausgesetzt werden.

9. Klimawandel als Fluchtursache anerkennen

Wenn Maßnahmen zur Anpassung an den Klimaschutz unzureichend sind und die betroffenen Menschen für entstandene Schäden und Verluste nicht angemessen und kurzfristig entschädigt werden, bleibt Migration häufig ihre letzte Option. Es wird immer deutlicher, dass die Klimakrise eine der Ursachen sowohl für Binnenmigration als auch für Migrationsbewegungen aus Zentralamerika in Richtung Norden – und insbesondere in die USA – darstellt.

Die Bundesregierung muss sich deswegen dafür einsetzen, dass die Folgen der Klimakrise international als Fluchtursache anerkannt und den betroffenen Menschen Schutzrechte zugesprochen werden.

10. Menschenrechte beim Klimaschutz achten

Immer wieder kommt es in den Ländern Zentralamerikas durch die Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen zu Konflikten, Landraub und Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise bei der Durchsetzung von Megaprojekten wie Solarparks und Wasserkraftwerken²⁵ oder im Rahmen des Instruments REDD+ (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation*) zum Schutz von Wäldern.²⁶ Auch im Rahmen des Grünen Klimafonds wurden bereits Projekte wie monokulturelle Eukalyptus- und Palmölplantagen oder Staudämme finanziert, deren ökologischer Nutzen höchst fragwürdig erscheint.

In der Klimafinanzierung müssen deswegen Mechanismen geschaffen werden, die verhindern, dass Menschen vertrieben, Menschenrechte verletzt oder die Vulnerabilität von Gemeinden erhöht werden. Es muss Transparenz hinsichtlich der Verwendung der Mittel geschaffen werden. Bei der Bewilligung und Implementierung von Projekten müssen hohe soziale und ökologische Standards eingehalten und überprüft werden, um sicherzustellen, dass keine Projekte finanziert werden, die zu Menschenrechts- oder Umweltverletzungen führen. Zudem muss eine vorherige, freie und informierte Konsultation der Betroffenen vorgenommen werden, die ihre Einbindung und Vetomöglichkeit sicherstellt. Darüber hinaus müssen effektive Verfahren für Wiedergutmachung der Betroffenen implementiert werden.

²⁵ Business and Human Rights Resource Center 2021, S.11. Laut dieser Studie kam es allein in Zentralamerika zwischen 2010 und 2020 zu 207 Fällen von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Erzeugung erneuerbarer Energien. Dies ist gleichbedeutend mit den meisten Fällen in Lateinamerika, das wiederum mit 61 Prozent der Fälle weltweit überproportional stark von Menschenrechtsverletzungen in dem Sektor betroffen ist.

²⁶ World Rainforest Movement 2016, S. 29ff.



11. Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft stärken

Die Verhandlungen auf den Weltklimakonferenzen werden von Vertreter*innen der teilnehmenden Staaten geführt. Zivilgesellschaftliche Akteure sind hingegen nur als Beobachter*innen zugelassen. Seit der Konferenz in Kopenhagen berichten diese über abnehmende Handlungsspielräume und Beteiligungsmöglichkeiten – sowohl bei den Klimakonferenzen als auch bei anderen Plattformen der UN. Eine starke Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure ist allerdings zwingend notwendig, um die Interessen von Gruppen wirkungsvoll zu vertreten, die von der Klimakrise besonders betroffen sind.

Die Bundesregierung muss deswegen ihren Einfluss geltend machen, um zu verhindern, dass die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen bei den Weltklimakonferenzen und anderen Plattformen der UN weiter eingeschränkt werden.

12. Ambitionierter Klimaschutz

Im Abkommen von Paris hat sich die internationale Staatengemeinschaft darauf geeinigt, die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter 2 bzw. 1,5 Grad zu begrenzen. Das Abkommen legt dafür als neues Instrument nationale Klimaschutzbeiträge (*Nationally Determined Contribution, NDC*) fest. Die Europäische Union hatte sich in diesem Rahmen 2016 zunächst das Ziel gesetzt, ab 2021 bis 2030 die Emissionen um 40 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, dieses Ziel aber im Jahr 2020 auf 55 % erhöht. Dies entspricht dem Ziel der Bundesregierung aus ihrem „Klimaschutzplan 2050“, der zudem weitgehende Treibhausgasneutralität für das Jahr 2050 vorsieht.²⁷ Eine Rechnung des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung zeigt allerdings, dass Deutschland ab 2020 insgesamt nur noch 4.200 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen darf, wenn es einen fairen Beitrag dazu leisten will, das 1,5-Grad-Ziel zumindest mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit zu erreichen. Dabei sind in diese Berechnungen die historischen Emissionen nicht einmal einbezogen, sonst wäre das „CO₂-Budget“ Deutschlands noch deutlich niedriger. Des Weiteren stellt der Bericht fest: „Lägen auch künftig in Deutschland die CO₂-Emissionen so hoch wie im Jahr 2019, wäre das maximale Budget bereits 2029 aufgebraucht. Bei linearer Reduktion müsste Deutschland ab dem Jahre 2038 CO₂-neutral wirtschaften, also nicht erst im Jahre 2050.“²⁸ Eine Studie des Wuppertal-Instituts zeigt zudem, wie und dass Klimaneutralität bis 2035 erreicht werden kann.²⁹

Die Bundesregierung muss sich dementsprechend ehrgeizigere Ziele bei der Reduktion von CO₂-Emissionen setzen und diese auch erreichen. Als einer der großen historischen Emittenten von CO₂ sowie als wirtschaftlich starker Akteur muss sich Deutschland das Ziel setzen, bereits im Jahre 2035 Netto-Null-Emissionen zu erreichen.



²⁷ BMU 2016, S. 7

²⁸ SRU 2020, S. 10 f.

²⁹ Wuppertal Institut 2020.



13. Flexible Mechanismen zum Klimaschutz effektiv und gerecht gestalten

Eine entscheidende Rolle bei der Minderung der CO₂-Emissionen kommt der Ausgestaltung von Artikel 6 des Pariser Abkommens zu. Dieser soll den internationalen Emissionshandel regeln, der bereits Teil des Kyoto-Protokolls war. Zivilgesellschaftliche Organisationen des Globalen Südens sehen die unter dem Kyoto-Protokoll etablierten flexiblen Mechanismen allerdings als gescheitert an, da sie zum einen keinen Beitrag zur Minderung der CO₂-Emissionen geleistet haben. Ein wichtiger Faktor dabei sind Doppelzählungen, bei denen Reduktionen von zwei Parteien angerechnet werden, obwohl die Reduktion de facto nur einmal geleistet wurde. Zum anderen kommt es bei der Umsetzung konkreter Projekte häufig zur Verletzung von Menschenrechten lokaler und indigener Gemeinden (siehe Forderung 10).

Bei der Ausgestaltung flexibler Mechanismen wie dem Emissionshandel muss aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt werden. Die Mechanismen des Kyoto-Protokolls müssen eliminiert werden, da sie keinen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen geleistet haben. Emissionsreduktionszertifikate aus dem Kyoto-Protokoll dürfen zudem nicht mehr hinsichtlich der nationalen Mitigationsziele anerkannt werden. Bei den neuen Mechanismen müssen Doppelzählungen vermieden werden. Außerdem müssen sie sicherstellen, dass die Menschenrechte lokaler und indigener Gemeinden nicht verletzt werden.

14. Sozialökologische Transformation vorantreiben

Wie bei der Klimakrise ist die kapitalistische und ressourcenintensive Organisation des globalen Wirtschaftssystems auch bei der Corona-Krise ein entscheidender Faktor. So kommt beispielsweise der Weltbiodiversitätsrat IPBES der UN zu dem Schluss, dass die Entstehung von Pandemien in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Umweltzerstörung steht und warnt vor einer „Ära der Pandemien“ (*era of pandemics*). Peter Daszak, Präsident der EcoHealth Alliance, der an dem Bericht mitgearbeitet hat, erläutert es so: „Dieselben menschlichen Aktivitäten, die den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt vorantreiben, treiben durch ihre Auswirkungen auf unsere Umwelt auch das Pandemierisiko an. Veränderungen in der Art und Weise, wie wir unser Land nutzen, die Ausweitung und Intensivierung der Landwirtschaft sowie nicht nachhaltiger Handel, Produktion und Konsum stören die Natur und erhöhen den Kontakt zwischen Wildtieren, Vieh, Krankheitserregern und Menschen. Dies ist der Weg zu Pandemien.“³⁰ Klimakrise und die Corona-Pandemie sind somit Symptome der gleichen Krise.

Die Bundesregierung muss deswegen die Chance nutzen, die die Corona-Krise bietet, und die sozialökologische Transformation vorantreiben. Die Reaktivierung der Wirtschaft muss mit Klimazielen verknüpft und die Wirtschaft klimaneutral umgebaut werden. Auch im Globalen Süden muss der Wiederaufbau im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung stehen (Sustainable Development Goals, SDG). Dafür müssen insbesondere der Aufbau von kohlenstofffreien Wirtschaftssektoren sowie die Stärkung der Resilienz der Gemeinden gegenüber der Klimakrise priorisiert werden.



QUELLEN

- Acción contra el Hambre, FAO, ECHO (2012): Tomo I, Estudio de caracterización del Corredor Seco Centroamericano. https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/tomo_i_corredor_seco.pdf (letzter Zugriff: 31.08.2021)
- Act Alliance (2020): Falling short: Seven ways in which the EU should improve its climate support to developing countries. <https://actalliance.eu/wp-content/uploads/2020/09/Falling-Short-Seven-ways-in-which-the-EU-could-improve-its-climate-support-to-developing-countries.pdf> (letzter Zugriff: 23.08.2021)
- Act Alliance (2021): Setting the Standard: Climate Finance from EU and EFTA Member States. https://actalliance.eu/wp-content/uploads/2021/01/ACT-Alliance_EU_SettingTheStandard.pdf (letzter Zugriff: 20.09.2021)
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (o.J.): Der Klimaschutzplan 2050 – Die deutsche Klimaschutzlangfriststrategie <https://www.bmu.de/themen/klimaschutz-anpassung/klimaschutz/nationale-klimapolitik/klimaschutzplan-2050> (letzter Zugriff: 23.08.2021)
- Bündnis Entwicklung Hilft und Ruhr-Universität Bochum – Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) (2021): WeltRisikoBericht 2021. Fokus: Soziale Sicherung. https://entwicklung-hilft.de/wp-content/uploads/2021/09/WeltRisikoBericht_2021_Online.pdf (letzter Zugriff 26.10.2021)
- Business and Human Rights Resource Center (2021): (In)justicia energética en América Latina https://media.business-humanrights.org/media/documents/reporte_RE_espanol04.08_BgB3kz3.pdf (letzter Zugriff: 24.08.2021)
- CEPAL (2019): Hacia un nuevo estilo de desarrollo. Plan de Desarrollo Integral El Salvador-Guatemala-Honduras-México. Diagnóstico, áreas de oportunidad y recomendaciones de la CEPAL https://www.gob.mx/cms/uploads/attachment/file/462720/34.Hacia_un_nuevo_estilo_de_desarrollo__Plan_de_Desarrollo_Integral_El.pdf (letzter Zugriff: 31.08.2021)
- Christian Aid (2019): Migraciones Climáticas en el Corridor Seco Centroamericano: Integrando la vision de género. https://www.christianaid.org.uk/sites/default/files/2020-03/2019-migration_gender_climate_change_Central_America_SPANISH.pdf (letzter Zugriff: 31.08.2021)
- European Commission (o.J.): EDGAR - Emissions Database for Global Atmospheric Research. <https://edgar.jrc.ec.europa.eu/> (letzter Zugriff: 23.08.2021)
- FAO (2019): Eventos climáticos adversos en el Corredor Seco centroamericano dejan a 1.4 millones de personas en necesidad de asistencia alimentaria urgente <http://www.fao.org/emergencias/la-fao-en-accion/historias/historia-detalle/es/c/1195684/> (letzter Zugriff: 31.08.2021)
- FAO, FIDA, OPS, WFP y UNICEF (2020): Panorama de la seguridad alimentaria y nutricional en América Latina y el Caribe <http://www.fao.org/documents/card/es/c/cb2242es/> (letzter Zugriff: 31.08.2021)
- FEWS NET (2021): Food Assistance Outlook Brief, projected food assistance needs for October 2021, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/April2021_FAOB_Public.pdf (letzter Zugriff: 31.08.2021)
- FEWS NET (01 Dezember, 2020): Los huracanes Eta e Iota aumentarán las necesidades de asistencia alimentaria en Centroamérica hasta mediados de 2021 <https://fews.net/es/central-america-and-caribbean/alert/december-2020>
- Germanwatch (2018): Global Climate Risk Index 2019. Who suffers most from extreme weather events? Wheather-related loss events in 2017 and 1998 to 2017. https://germanwatch.org/sites/default/files/Global%20Climate%20Risk%20Index%202019_2.pdf (letzter Zugriff: 24.08.2021)
- United Nations, DFID und DIPECHO (2020): Index for Risk Management for Latin America and the Caribbean. LAC-Inform 2020 Update. https://drmhc.jrc.ec.europa.eu/inform-index/Portals/0/InfoRM/2020/Subnational/LAC/LAC_INFORM_2020_v007_MainResults_Eng.pdf (letzter Zugriff: 22.09.2021)
- Munich Re, NatCatSERVICE (2021): Naturkatastrophen verursachten Gesamtschäden von 210 Mrd. US\$ Relevante Schadereignisse durch Naturkatastrophen 2020 https://www.munichre.com/content/dam/munichre/mrwebsiteslaunches/natcat-2021/2020_Jan-Dec_Weltkarte_d.pdf/_jcr_content/renditions/original./2020_Jan-Dec_Weltkarte_d.pdf Letzter Zugriff: (31.08.2021)



OCHA (2015): Humanitarian Response Plan January – December 2016: Guatemala und Honduras.

<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Guatemala%20Honduras%202016%20Humanitarian%20Response%20Plan.pdf> Letzter Zugriff: (31.08.2021)

OCHA (2020): Plan de acción Guatemala: respuesta Eta/Iota https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20201216_PLAN%20DE%20ACCION%20GUATEMALA.pdf Letzter Zugriff: (21.09.2021)

OCHA und UNCT Nicaragua (2021): Resultados implementación del Plan de Acción Nicaragua.

Huracanes Eta e Iota. Al 5 de abril 2021 <https://reliefweb.int/report/nicaragua/resultados-implementacion-del-plan-de-accion-nicaragua-huracanes-eta-e-iota-al-5-de-abril-2021> Letzter Zugriff: (22.09.2021)

Oxfam (2019): Las intermitencias del hambre: Tendencias de la Desnutrición Crónica y Aguda en el

Corredor Seco de Guatemala. https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Las%20intermitencias%20del%20hambre%20C%20Desnutrici%C3%B3n%20Aguda%20y%20Cr%C3%B3nica%20en%20el%20CS%20de%20Guatemala_original.pdf Letzter Zugriff: (31.08.2021)

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2020): Für eine entschlossene Umweltpolitik in

Deutschland und Europa. Umweltgutachten 2020. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Entschlossene_Umweltpolitik.pdf;jsessionid=B3904593E0DEDDA891F878A695D6F106.1_cid284?__blob=publicationFile&v=31 (letzter Zugriff: 23.08.2021)

Umweltbundesamt (2021): Treibhausgas-Emissionen in der Europäischen Union

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-der-europaeischen-union#pro-kopf-emissionen> (letzter Zugriff: 20.09.2021)

UN Bonn (2020): Der „Ära der Pandemien“ entgehen: IPBES #PandemicsReport jetzt verfügbar <https://www.unbonn.org/de/news/der-aera-der-pandemien-entgehen-ipbes-pandemicsreport-jetzt-verfuegbar> (letzter Zugriff: 23.08.2021)

UNICEF (2020): Response to Hurricanes Eta and Iota, Humanitarian Action for Children: 1-2.

<https://www.unicef.org/reports/response-hurricanes-eta-and-iota> (Letzter Zugriff: 31.08.2021)

USAID (2020): Latin America – Storms, Fact Sheet, N° 5: 1-8. https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/12.01.2020_USAID-BHA_Latin_America_Storms_Fact_Sheet_5.pdf

(Letzter Zugriff: 31.08.2021)

World Food Program (2017): Food Security and Emigration: Why people flee and the impact on family

members left behind in El Salvador, Guatemala and Honduras <https://www.wfp.org/publications/2017-food-security-emigration-why-people-flee-salvador-guatemala-honduras>

(letzter Zugriff: 31.08.2021)

World Rainforest Movement (WRM) (2016): WRM Bulletin Nro. 226 – September/October 2016. Middle

America:” Peoples resisting a colonial past that persists through imposition and violence https://www.wrm.org.uy/wp-content/uploads/2016/10/Boletin226_ENG-PDF-1.pdf (letzter Zugriff: 23.08.2021)

Wuppertal Institut (2020): CO2-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/5169> (letzter Zugriff: 23.08.2021)



Runder Tisch Zentralamerika

Der Runde Tisch Zentralamerika (RT-ZA) ist ein Netzwerk aus ca. dreißig Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen Hilfswerken, Stiftungen, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen in Deutschland und teilweise in Österreich und der Schweiz, die zu entwicklungspolitischen Themen in Zentralamerika arbeiten und Partnerbeziehungen in der Region unterhalten. Der Runde Tisch Zentralamerika wurde 2014 gegründet, um in der deutschsprachigen Öffentlichkeit auf die Situation und Problemlagen in den zentralamerikanischen Ländern aufmerksam zu machen. Im Fokus steht die Menschenrechtslage in der Region. Ziel des Netzwerkes ist es, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern sowie die Koordination gemeinsamer Initiativen zu stärken.



Runder Tisch Zentralamerika
Mesa Redonda América Central

IMPRESSUM

Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisches Zentralamerika

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. (ASB)
Sülzburgstraße 140, 50937 Köln
Telefon: 0221/47605-0
E-Mail: info@asb.de
Internet: www.asb.de

Christliche Initiative Romero e. V. (CIR)
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Tel: +49 (0) 251 / 67 44 13 0
E-Mail: cir@ci-romero.de
Internet: www.ci-romero.de

Runder Tisch Zentralamerika
c/o Forschung- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
Tel: +49 (0)30 / 69818935
E-Mail: koordination@rt-za.de
Internet: www.rt-za.de

Redaktion: Lya Cuéllar (Runder Tisch Zentralamerika),
Giulia Fellin (Runder Tisch Zentralamerika),
Oliver Huber (Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.),
Thorsten Moll (Christliche Initiative Romero e.V.)

Lektorat: Anne Schirrmacher
Layout: Edith Jaspers
Oktober 2021